

Die weltpolitischen Verlagerungen und Osteuropa

Mit der vor Monaten angekündigten Reise des USA-Präsidenten Nixon geriet die weltpolitische Lage jäh in Bewegung. Der Kreml schuf als Gegenzug den russisch-indischen Beistandspakt, der sich bewährte, als das militärische Eingreifen Indiens den grauenhaften Bürgerkrieg in Ostpakistan blutig beendete und sich dieses volkreiche Gebiet zu einem unabhängigen Staat — Bangladesch — umbildete, der weithin schon völkerrechtlich anerkannt wurde und auf den Indien und der Kreml großen Einfluß behalten werden.

Wichtiger ist aber der Beitritt Dänemarks, Irlands, Norwegens und vor allem Großbritanniens zu der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG), die bisher sechs Staaten umfaßte, darunter so bedeutende wie die deutsche Bundesrepublik, Frankreich und Italien, doch jetzt als Wirtschaftsraum von zehn Ländern sowohl mit der Masse der Bevölkerung wie auch als wirtschaftliche Kraft dem russischen Imperium und sogar den Vereinigten Staaten von Nordamerika gleichgesetzt werden kann. Dies freilich erst dann ganz, wenn auch seine inneren politischen Verknüpfungen zu gemeinsamen Bundeseinrichtungen gedeihen, was durchaus möglich wäre durch allmähliche Entwicklung. Die Geschichte bietet hierfür ein aufmunterndes Vorbild: der Deutsche Zollverein, 1834 gegründet, war trotz vielen innerdeutschen Spannungen und des preußisch-österreichischen Krieges von 1866 eine der fruchtbarsten Grundlagen zur 1871 erfolgten Neuerrichtung des Deutschen Reichs.

In Asien, wo die Kämpfe in Vietnam seit vielen Jahren andauern, zählt zu den Gewichtsverlagerungen vornehmlich die Aufnahme Rotchinas in die UNO, was vor sich ging unter dem geradezu wilden Jubel der Vertreter zahlreicher Tropenländer, die damit Nationalchina (Formosa oder Taiwan) ausbooteten, die einzige demokratisch regierte und infolge freier Marktwirtschaft wirtschaftlich blühende Insel der Chinesen. Nun ist die UNO wie ihr Vorgänger zwischen den beiden Weltkriegen, der Völkerbund, kraftlos und wenig nützlich. Den Schlag, den sie durch Nationalchinas Ausschuß den Vereinigten Staaten versetzte, haben diese zwar nicht verdient, aber ermöglicht, denn es lag an ihnen nach 1945, diesen Völkerbund vernünftig zu formen; daß bei Abstimmungen jeder Staat, gleichgültig wie groß und wie rückständig er auch sei, so viel

zählt wie die mächtigen Kulturländer, ist ein amerikanischer Witz.

Was wiegt dies jedoch gemessen daran, daß Nixon im Februar Peking tatsächlich besuchte und von dort mit einem in den Einzelheiten noch undurchschaubaren, offenbar günstigen Ergebnis zurückkehrte? Hier geschah eine entscheidende Machtverlagerung für die ganze Welt! Sie stärkt Chinas Position zum zweitenmal innerhalb einiger Monate und schwächt die Amerikas nicht, weil dieses keine Rechtspositionen aufgab, was zugleich der EWG und damit Westdeutschland zugutekommt, wie weit sich Bonn auch Moskau gegenüber in der Hoffnung auf spätere Vorteile festgelegt haben mag.

Welche Auswirkungen all dies auf den Kreml hat, liegt auf der Hand — er wähnt sich bedroht —, doch Nixon will im Mai Moskau besuchen. Die Dinge bleiben im Fluß. Würden die Verhandlungen zwischen der westdeutschen Bundesregierung und den Russen erst heute anfangen, so ließe sich höchstwahrscheinlich ein für uns günstigeres Ergebnis erzielen, als es in den Verträgen von Moskau und Warschau festgelegt wurde, die der Bundestag noch nicht ratifiziert hat. Das Abwarten können in der Politik bringt meistens mehr ein als Übereifer und Hast, denn die Zeit verändert oft plötzlich sogar für ehern geglaubte Gegebenheiten und läßt — wie uns die Gegenwart wieder einmal belehrt — den Mantel des Schicksals vorbeiziehen, dessen Zipfel es nach Bismarck zu ergreifen gilt, um zu gewinnen.

Natürlich wirken die heutigen weltpolitischen Vorgänge stark auf Osteuropa ein. Der Kreml hat daher allen Anlaß, dort die Zügel zu straffen. Polen, Ungarn, Bulgarien und die Tschechoslowakei sind seine braven Gefährten. Die in Kroatien nie erlöschenden Versuche zur Erringung der Unabhängigkeit von Belgrad trieben den greisen Tito dazu, in Agram eine strenge ideologische Säuberung der Partei- und Staatsfunktionäre durchzuführen. Er will sein Werk festigen, damit es fortdauere, wenn er stirbt. Von seinem Tod erhoffen indessen manche einen Nutzen für sich, die Kroaten nicht minder als ihre schärfsten Gegner, die Gruppe moskautreuer Serben. Der föderalistische Vielvölkerstaat der Südslawen könnte dabei zerbrechen, worauf die Russen einen Vorwand hätten, nach dem in der Tschecho-Slowakei bewährten Muster für Ordnung zu sorgen. Titos rauhes Vorgehen zugunsten der zentralen Macht in seinem Staat läßt sich also begreifen.

Zwischen Jugoslawien und Rußland liegen Ungarn, für die Sowjets, wenn sie es wollen, ein

bequemes Durchzugsland, und Rumänien, dessen Staats- und Parteichef Ceausescu seit Jahren mit seiltänzerischer Staatskunst verblüfft. Er fädelte sich sogar in die Weltpolitik ein, indem er 1971 Nixon zu dessen Besuch in Bukarest veranlaßte und bei der Vorbereitung der Reise des Präsidenten nach China mithalf. Weder Peking noch Washington werden ihn dafür beschirmen, sollte Rußland ihn als gar zu lästig empfinden und gegen ihn vorgehen.

Der kühne Mann bewies vor kurzem wiederum, wie entschieden er Rumäniens Unabhängigkeit verteidigt. Er ließ den Chef des Bukarester Militärbezirks, General Serb, wegen Verrats militärischer Geheimnisse an die Sowjetunion erschießen. Die damit aufs deutlichste geäußerte Warnung an jene wenigen Rumänen, die eine straffere Bindung an die Sowjets wünschen, wird Moskau nicht gern vermerkt haben, etliche seiner unbedingten Anhänger verloren vor kurzem ihre Posten in Bukarest.

Ceausescus Kurs bleibt auch im Inneren des Landes fest, hier starr von der kommunistischen Ideologie geleitet. Bei der Verpflegung der Bevölkerung fehlt es da und dort immer noch an bestimmten Waren und Nahrungsmitteln; was man mehr vermißt, ist Freiheit. Und nun trat am 15. Februar das „Gesetz zur Wahrung des Staatsgeheimnisses“ in Kraft, das den Verkehr mit ausländischen Besuchern regelt. Der § 51 erlaubt den Zutritt von Ausländern zu besonders wichtigen Einrichtungen und Arbeitsplätzen nur mit einer Sondergenehmigung Ceausescus oder des Ministerpräsidenten Maurer. Außerdem ist den Staatsbürgern jede Verbindung verboten zu Rundfunk- und Fernsehsendern oder zur Presse im Ausland, wenn diese „durch ihre Betätigung ein verleumderisches oder den Interessen des rumänischen Staates zuwiderlaufendes Verhalten zeigen“, was sich natürlich nicht nur gegen den Westen, sondern auch gegen den großen östlichen Nachbarn richtet. Welcher Untertan Rumäniens wird angesichts eines solchen Kautschuk-Paragraphen wagen, sich an ausländische Blätter oder Sender zu wenden!

Auch einen „freiwilligen patriotischen Dienst“ ließ Ceausescu einführen: jeder über 18 Jahre alte Bürger muß ihn in Krankenhäusern, Schulen oder Kulturzentren ableisten, sechs Tage im Jahr, Männer bis zum 55., Frauen bis zum 50. Lebensjahr. Durch Zahlung eines bestimmten Betrages kann man sich davon freikaufen. Das Gesetz verfügt außerdem, daß jede Familie jährlich 300 Lei für den „freiwilligen“ Dienst entrichtet. Man sieht — die Zügel sind sehr kräftig angezogen worden.

Lutz Tilleweid

12. März 1972 Kasselev Sonntagsblatt